



News aus der Regionsversammlung von Jessica Kaußen 03/2021

Inhaltsübersicht

1. Beiträge vom März

- 1.1 Jessica Kaußen: Kostenlos zur Impfung – Impfbenachrichtigung sollte als Fahrschein nutzbar sein
- 1.2 Aus der Geschäftsstelle: Wichtige Änderung beim Kurzarbeitergeld – Antragstellung erforderlich um Vorteile zu nutzen
- 1.3 Altersarmut – Besondere Herausforderung für die Kommunen
- 1.4 Der Hannover-Reflex: Wenn höhere Gewalt an allem Schuld ist
- 1.5 Pflegekräfte werden weiterhin im Regen stehen gelassen. Skandalöses Scheitern des Pflgetarifvertrages muss Konsequenzen haben
- 1.6 Internationaler Frauentag – Zahlreiche Aktionen in der Region Hannover
- 1.7 Aktueller Armutsbericht der Bundesregierung verdeutlicht die Gerechtigkeitslücke in unserer Gesellschaft
- 1.8 Equal Pay Day: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – Für ein Equal Pay Day am 1. Januar
- 1.9 Pleite der Greensill Bank kostet Kommunen Millionen: Gesetzeslage muss erneut überdacht werden
- 2.0 Große Koalition lehnt Antrag der Linken im Sozialausschuss ab. Impfbescheinigung soll nicht als Fahrschein dienen
- 2.1 Wie weiter mit dem Südschnellweg?- Widerstand gegen „Stadtautobahn“ wächst
- 2.2 Rückzug aus der Istanbul-Konvention: Erdogans Muskelspiele stoppen – Demo um 17.00 Uhr auf dem Kröpcke

1.1 Jessica Kaußen: Kostenlos zur Impfung –

Impfbenachrichtigung sollte als Fahrschein nutzbar sein

Unsere Fraktionsvorsitzende Jessica Kaußen hat in dieser Woche einen Antrag an die Regionsversammlung Hannover zur kostenlosen Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs für Impfwillige am Tage der Impfung gestellt.

Damit soll nicht nur die Impfbereitschaft in der Region gestärkt werden. Vielen Menschen ist nicht klar, dass sich gerade auch ältere Mitbürger*innen die Fahrt zum Impfzentrum nicht leisten können, so Kaußen. Die Betroffenen würden sich aus Scham nicht bei den zuständigen Gesundheitsbehörden melden

oder Impftermine verfallen lassen. Ein unhaltbarer Zustand.

Bisher wird nur der Shuttle-Service von der entsprechenden U-Bahn-Haltestelle kostenlos angeboten. Zu wenig meint Kaußen. Dass es auch anders geht zeigt ein Beispiel aus Celle. Dort bietet der örtliche Busverkehrsbetrieb kostenlose Fahrten zum Impfzentrum an. Die Terminbestätigung des Impfzentrums reicht dort als Fahrkarte aus. Dieser guten Idee sollte die Region Hannover umgehend folgen.

1.2 Aus der Geschäftsstelle: Wichtige Änderung beim Kurzarbeitergeld –

Antragstellung erforderlich um Vorteile zu nutzen

Millionen Beschäftigte erhalten derzeit Kurzarbeitergeld. Die Bundesagentur für Arbeit unterstützt damit aktuell Unternehmen in der Pandemie. Besonders wichtig ist diese Unterstützung derzeit im Hotel- und Gaststätten-gewerbe. Das Nachsehen haben leider Minijobber.

Was passiert jedoch, wenn ein Unternehmen trotz des Bezuges von Kurzarbeitergeld Mitarbeiter entlässt? Die Mitgliederzeitung des SOVD „Soziales im Blick“ verweist in der aktuellen Ausgabe auf eine Besonderheit. Eine neue Gesetzlage bewirkt, dass in bestimmten Fällen Kurzarbeit sich nicht mehr negativ auf die Höhe des Arbeitslosengeldes auswirkt. Dringend erforderlich ist jedoch, dass

der Antragsteller des Arbeitslosengeldes selber aktiv wird. Er muss die Bemessung am alten Gehalt und die Anwendung der neuen Regelung einfordern. Diese Regelung gilt für Betriebe die Kurzarbeiterverträge abgeschlossen haben (sog. kollektivvertraglichen betriebliche Vereinbarungen).

Arbeitnehmer*innen denen während des Bezuges von Kurzarbeitergeld gekündigt wird, sollten bei der Antragstellung des Arbeitslosengeldes daher dringend prüfen, ob sie unter die neue Regelung fallen. Sozialverbände und gewerkschaftliche Beratungsstellen helfen hier gerne weiter.

1.3 Altersarmut – Besondere Herausforderung für die Kommunen

Altersarmut ist in der Bundesrepublik immer noch ein Tabuthema. Die Betroffenen sind oft nicht ausreichend vernetzt und es fehlen kommunikative Strukturen, um die zunehmende soziale Not im Alter lautstark in die Gesellschaft zu tragen.

Die Corona-Pandemie verschärft die Lage noch, verstärkt sie doch den Trend zu gebrochenen Erwerbsbiografien und geringeren Einkommen. Die Leistungen für die Grundsicherung im Alter wurden jahrelang von den Kommunen alleine gestemmt. Seit einigen Jahren schultert auch der Bund diese Leistungen, weil die Städte und Gemeinden mit den Zahlungen schlichtweg überfordert waren.

An der Situation hat sich indes nichts geändert. Im Gegenteil. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat nun eine umfangreiche Studie zu Altersarmut in Städten vorgelegt. Die Ergebnisse sind besorgniserregend.

Die Altersarmut in Deutschland wird zunehmen. Das Ausscheiden der „Babyboomer“ aus dem Erwerbsleben – nicht selten mit gebrochenen Arbeitsbiografien- sowie die Absenkung des Renten-niveaus bis zum Jahr 2030 werden erheblich dazu beitragen, so fassen es die Macher der Studie zusammen.

Allein der Bezug von Grundsicherung ist dabei kein Indiz für die Problemlage. Aus der Sozialarbeit ist bekannt, dass gerade Berechtigte der Grundsicherung im Alter aus Scham und Unwissenheit keine Anträge auf zustehende Leistungen stellen. Die Verlagerung der kommunalen Informationskonzepte auf elektronische Informationsdienste trägt zur Entkopplung von wichtigen Beratungsinhalten für Ältere bei.

Daher folgern die Autor*innen der Studie, dass Altersarmut in den Kommunen offen und unterstützt durch die Stadt- und Gemeindegremien thematisiert werden müsse. Nur so wird sie ernst genommen und würde ihr Tabu-Image verlieren. Ebenso wichtig ist die Zusammenarbeit mit freien Trägern der Wohlfahrtspflege und kommunalen Interessenvertretungen wie Seniorinnenbeiräten.

Laut OECD gelten Menschen als armutsgefährdet, wenn sie über weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens verfügen. Vergessen werden darf dabei nicht, dass Menschen im letzten Lebensabschnitt oft besonderer Unterstützung bedürfen (Mobilitätsunterstützung oder besonderer Sanitärbedarf), die zusätzliche Kosten verursacht.

1.4 Der Hannover-Reflex: Wenn höhere Gewalt an allem Schuld ist

Ob nun Pendler unter Zugausfällen leiden (HAZ vom 27.2.2021), Remondis in den Umlandgemeinden die Gelbsäcke nicht abholt (HAZ vom 24.2.2021), Aha Altpapiercontainer ersatzlos abbaut (ebenfalls HAZ vom 24.2.2021), all das reiht sich in einen Pannenvinter 2021 ein, der den Hannoveranerinnen und Hannoveranern sehr viel Geduld abverlangt hat. Wen wundert es da, dass gegen die Aha über 650 Klagen gegen die Gebührenerhöhung der Abfallentsorgung beim zuständigen Verwaltungsgerichte eingegangen sind.

Und wenn wundert es, dass nur wenige Menschen Vertrauen in einen Nahverkehr haben, der bei Minus zehn Grad und Schneefall zum Erliegen kommt. Hohe Gebühren und Fahrtkosten auf der einen Seite und kein Service in vermeintlichen Ausnahmesituationen andererseits, dass al-

les mag nicht zur ruhmreichen Selbstdarstellung kommunaler Verantwortungsträger passen.

Wenn jetzt ein von der Üstra selbst im Auftrag gegebenes Gutachten keine Mängel bei Bau oder Instandhaltung der Gleiswege des Verkehrsbetrieb zu erkennen vermag, bleibt allerdings ein fahler Beigeschmack und die Frage berechtigt, ob nicht ein neutrales Gutachten an dieser Stelle sinnvoller gewesen wäre.

Zur Erinnerung: Nur in Hannover war es nach dem Wintereinbruch zu massiven Schäden in der schienengestützten Verkehrsinfrastruktur gekommen. Nur in Hannover kam es mehrere Tage zum Erliegen des Schienenverkehrs des Straßen- und U-Bahn-Netzes.

Dass dafür ein besondere Wetterlage, „mit“, so wörtlich, „außerordentlich festen Schnee“ die Verantwortung trägt bleibt der kurzweilige Versuch vor möglichen eigenem Versagen abzulenken.

Daher hat unsere Fraktionsvorsitzende Jessica Kaußen zu recht gegenüber der Neuen Presse vom 25.2.2021 erklärt, das die Menschen das Vertrauen in den ÖPNV verloren hätten. Die Probleme einzig durch höhere Gewalt in Form von besonders festem Schnee zu erklären sei der falsche Ansatz, zitiert die NP unsere Fraktionsvorsitzende weiter. Mit der Feststellung, dass wir immer über die Verkehrswende reden, aber diese nicht bei zehn Grad Minus und zwanzig Zentimeter Schnee aufhören darf, schließt Kaußen gegenüber der Gazette.

Und auch ein weiteres Versagen bei der Planung der Verkehrsinfrastruktur von Morgen schieben die örtlichen Verantwortlichen nun hin und her. Diesmal ist es nicht besonders fester Schnee, sondern ein

besonders peinlicher Bundesverkehrsminister, der die Schuld daran trägt, dass der Ausbau der B3 über den Ricklinger Kiesteichen noch zur Posse der Stadt- und Regionspolitik mutiert. Hannovers Oberbürgermeister Belit Onay hat in einem Brief an Andreas Scheuer eine Neuplanung des Schnellweges angemahnt. Ein interessantes Manöver wie die HAZ vom 26.2.2021 kommentiert. Denn der Bund wollte den von Onay nun angemahnten Radwegebau am Schnellweg fördern. Weil er sich aber selbst nicht bezuschussen darf, hätten entweder Stadt oder Region planen und bauen müssen. Beide hätten aber trotz Nachfrage kein Interesse gezeigt sich dort zu engagieren, wie die HAZ den zuständigen Landesstraßenbaumanager zitiert.

Dass ist in der Tat Kommunalpolitik zum Abgewöhnen und es bleibt die ganz große Sorge, dass in diesem Winter der größte Schaden nicht Hannovers Gleisen entstanden sind, sondern an der Glaubwürdigkeit der hiesigen Kommunalpolitik.

1.5 Pflegekräfte werden weiterhin im Regen stehen gelassen.

Skandalöses Scheitern des Pflgetarifvertrages muss Konsequenzen haben

Das Scheitern des Pflgetarifvertrages ist ein Skandal, so kommentiert unsere Fraktionsvorsitzende Jessica Kaußen die aktuelle Entwicklung bei den Verhandlungen über weitergehende kollektive Arbeitsrechte für die in der Pflege arbeitenden Beschäftigten. Zunächst hatten die Arbeitgeberverbände versucht der Gewerkschaft Verdi die Tariffähigkeit abzusprechen.

Danach hatten die Arbeitgebervertreter der Caritas, zum Entsetzen der eigenen Arbeitnehmervertreter, die Einführung des Flächentarifvertrages verhindert. Mit 160.000 Beschäftigten ist die Caritas einer der größten Arbeitgeber der Branche. Mit der Entscheidung ist wohl das gesamte Projekt eines allgemeingültigen Tarifvertrags in der Altenpflege erst einmal vom Tisch. Das notwendige Quorum an Beschäftigten, die vom Tarifvertrag abgedeckt werden ist ohne diesen wichtigen Verband nicht mehr zu erreichen. Das Quorum ist nötig, damit der Vertrag überhaupt vom Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) allgemeinverbindlich erklärt werden kann.

All dies zeigt einmal mehr, dass die Pflege nur im Rahmen der öffentlichen Daseinsfürsorge gerecht entlohnt werden kann, stellt Kaußen fest. Die kirchlichen Gesundheitsdienstleister scheinen in der Stunde der Wahrheit eher marktradikal denn nächstenliebend zu sein.

In der Pandemie beklatscht, bei Tarifverhandlungen im Regen stehen gelassen. Kein Wunder, wenn immer mehr Menschen keine Perspektive in den Pflegeberufen erkennen. Wenn im gleichen Atemzug dann vom Fachkräftemangel schwadroniert wird, kennt der Zynismus in diesem Land wohl keine Grenzen mehr, fasst Kaußen die Situation zusammen.

1.6 Internationaler Frauentag – Zahlreiche Aktionen in der Region Hannover

Am 8. März 2021 ist der internationale Frauentag. Gemeinsam wollen wir auch in Hannover auf die Straße gehen und den feministischen Widerstand deutlich machen. Die Linke Hannover ruft daher zur Teilnahme an den Kundgebungen anlässlich des Frauentages auf.

Unser Studierendenverband SDS Hannover ist maßgeblich an der Organisation des ‚Klima-Fingers‘ beteiligt, bei dem die Auftaktkundgebung um 16:00 auf der Goseriede stattfindet. Das Motto lautet „Keine Klimagerechtigkeit ohne Feminismus“! Es wird spannende Redebeiträge, Bastelaktionen und Musik geben, also kommt vorbei!

Auch die Fraktion Die Linke in der Regionsversammlung Hannover ruft zur Unterstützung der Veranstaltungen auf. Es geht um Solidarität mit allen Frauen, Lesben, Inter-, nicht-Binäre, Trans- und Agender- Personen weltweit.

Daneben hat auch die Region Hannover zahlreiche Veranstaltungen zum Frauentag organisiert. Auch diese gilt es zu unterstützen. Die einzelnen Veranstaltungen sind unter den Informationsmedien der Region Hannover abrufbar.

1.7 Aktueller Armutsbericht der Bundesregierung verdeutlicht die Gerechtigkeitslücke in unserer Gesellschaft

Der Paritätische Gesamtverband kommentierte Anfang März den aktuellen Entwurf 6. Armutsbericht der Bundesregierung. Der vorliegende Entwurf bestätigt den Trend der wachsenden ungleichen Einkommens- und Vermögenverteilung in der Bundesrepublik. „Die obere Hälfte der Verteilung verfügte über 70 Prozent aller Einkommen, die untere Hälfte über 30 Prozent. Die Vermögen sind sogar noch ungleicher verteilt: „Haushalte in der oberen Hälfte der Verteilung besaßen etwa 97,5 Prozent, Personen etwa 99,5 Prozent des Gesamtvermögens“.

Eine der Kernaussagen des Berichts ist, dass es zu einer fortschreitenden Polarisierung der Einkommens- und Vermögenslagen kommt: „Sowohl die unterste soziale Lage ‚Armut‘ als auch die oberste

Lage ‚Wohlhabenheit‘ sind von Anteilswerten von jeweils 4 Prozent auf 11 bzw. 9,1 Prozent gestiegen, m.a.W.: Haben die Pole der Verteilung Mitte der 1980er Jahre noch 8 Prozent der Bevölkerung umfasst, fanden sich dort im letzten Beobachtungszeitraum 20 Prozent.“

Die Entwicklung der Ungleichheit in Deutschland ist zutiefst besorgniserregend fast der Paritätische zusammen: Die soziale Polarisierung zwischen Arm und Reich nimmt zu, die „Mitte“ schrumpft, Armutslagen verfestigen sich und aus Armut führen nur wenige Wege hinaus. Der Bericht zeigt auch dramatische Effekte der Agenda-Reform.

1.8 Equal Pay Day: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit –

Für ein Equal Pay Day am 1. Januar

Der Equal Pay Day markiert symbolisch den geschlechtsspezifischen Entgeltunterschied, der laut Statistischem Bundesamt aktuell 18 Prozent in Deutschland beträgt. Angenommen Männer und Frauen bekommen den gleichen Stundenlohn: Dann steht der Equal Pay Day für den Tag, bis zu dem Frauen umsonst arbeiten, während Männer schon seit dem 1. Januar für ihre Arbeit bezahlt werden.

Ein Mix aus verschiedenen Gründen führt zu dieser Ungleichbehandlung. Frauen fehlen in bestimmten Berufen und Branchen sowie auf den höheren Stufen der Karriereleiter. Frauen unterbrechen oder reduzieren ihre Erwerbstätigkeit familienbedingt durch z.B. Elternzeit oder Pflege von Angehörigen häufiger und länger als Männer. Gängige Rollenstereotype beeinflussen nach wie vor die Berufswahl von Frauen. So wählen junge Frauen aus einem sehr engen Segment der über 300 Ausbildungsberufe aus. Frauentypische Berufe sind weiterhin unterbewertet. Durch fehlende Gehaltstransparenz ist eine Ungleichbehandlung der Bezahlung aufgrund des Geschlechts nicht sichtbar.

Das Gesetz zur Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen, das Entgelttransparenzgesetz

soll das Gebot des gleichen Entgelts für Frauen und Männer bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit durchsetzen und ist seit dem 6. Juli 2017 in Kraft. Trotz dieser Rechtsgrundlage ändert sich jedoch am Arbeitsmarkt nicht viel. Helfen würde hier ein Verbandsklagerecht zur Durchsetzung allgemeiner Ansprüche einer Vielzahl von betroffenen Frauen. Dagegen haben sich die Arbeitsgeberlobbys bisher erfolgreich gewährt.

Ziel ist es daher, mit dem Equal Pay Day die Debatte über die Gründe der Lohnunterschiede in die Öffentlichkeit zu tragen, ein Bewusstsein für die Problematik zu schaffen, zu sensibilisieren und zu mobilisieren damit sich die Lohnlücke schließt.

Dies sieht auch unsere neue Parteivorsitzende Susanne Hennig-Wellsow so. „Wenn Arbeitgeber von ihren Angestellten verlangen würden, 69 Tage ohne Lohn zu arbeiten, würden ihnen die Beschäftigten einen Vogel zeigen – und das zu Recht“, zitiert der Spiegel Hennig-Wellsow.

Jessica Kaußen spitzt entsprechend zu: Unser Ziel ist erst erreicht, wenn der Equal Pay Day in naher Zukunft am 1. Januar stattfindet.

1.9 Pleite der Greensill Bank kostet Kommunen Millionen:

Gesetzeslage muss erneut überdacht werden

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat am 16. März 2021 den Einlagensicherungsfall für die Greensill Bank AG formell festgestellt, nachdem das Insolvenzverfahren über die Bank eröffnet wurde. Mit der Feststellung des Entschädigungsfalles durch die BaFin ist die Voraussetzung gegeben, dass die Entschädigungseinrichtung deutscher Banken die Ansprüche der Einleger prüft und anschließend erstattet.

Die Einlagen von Privatanlegern sind mit einer Höhe von bis zu 100.000 Euro abgesichert. Hier springt der Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken ein (BdB). Anders sieht es

allerdings bei den öffentlichen Geldern von rund 50 deutschen Kommunen aus, die Millionensummen bei der Greensill Bank angelegt haben. Sie werden seit der Reform der Einlagensicherung in 2017 nicht mehr gesichert.

Damit schaut im Zweifel der Steuerzahler quer durch alle Einkommensgruppen in die finanzielle Röhre. Die Verluste der ohnehin knappen Kommunen die bei der Bank Geld deponiert hatten gehen in den dreistelligen Millionenbereich. Auch die Umlandgemeinde Garbsen wird in diversen Publikationen immer wieder mit Einlagen bei der Greensill Bank in Verbindung gebracht.

Die Zwänge der Stadtkämmer*innen sind bekannt. Auf Guthaben müssen auch die Kommunen in vielen Fällen Negativzinsen zahlen. Zu verlockend schien daher das Angebot der Pleitebank, Geld zu einem moderaten aber dennoch marktüblichen Satz zu verzinsen. Damit hatte die Bank praktisch ein Alleinstellungsmerkmal im Finanzgeschäft. Dass bei den erfahrenen Kommunalfinanzier*innen dabei nicht die Alarmglocken läuteten, wird in den betroffenen Kommunen sicherlich Gegenstand der kommenden Aufarbeitung des Finanzskandals sein.

Wenn jetzt in einigen Finanzportalen vom „Wirecard des Nordens“ gesprochen wird, bleibt auch hier der Beigeschmack, dass die Finanzaufsicht in der Bundesrepublik ein zahnloses Instrument ist. Ferner muss die Änderung des Entschädigungsrechts nochmal überdacht werden. Es kann nicht sein, dass Privatanleger entschädigt werden, Kommunen aber bei der Einlagensicherung seit 2017 leer ausgehen. Hier ist ein politisches Rücksteuern zwingend geboten, fordert unsere Fraktionsvorsitzende Jessica Kaußen.

2.0 Große Koalition lehnt Antrag der Linken im Sozialausschuss ab.

Impfbescheinigung soll nicht als Fahrschein dienen

Mit den Stimmen der CDU und SPD wurde im Sozialausschuss in dieser Woche ein Antrag unserer Fraktionsvorsitzenden Jessica Kaußen abgelehnt. Unser Ziel war es, dass die aktuell versendete Impfbescheinigung am Tag der Impfung als Fahrausweise im öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) genutzt werden kann.

Zwar stellten sich die fortschrittlichen Oppositionskräfte geschlossen hinter den Antrag. Dass reicht in der Region Hannover aktuell aber leider nicht aus, um sinnvolle Vorschläge in die Tat umzusetzen, stellte Jessica Kaußen nach der Sitzung enttäuscht fest.

Die Fraktion wird den Antrag nun im Regionsausschuss und der Regionsversammlung erneut zur Abstimmung stellen. Mit der Ablehnung einer sinnvollen Maßnahme verpassen Regionspräsident Jagau und die SPD ein Zeichen für eine solidarische Gesundheitspolitik in der Region Hannover zu setzen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum etwa im Landkreis Celle die Bürger*innen kostenlos zur Impfung fahren können, in Hannover dies aber nicht möglich sein soll, bilanzierte Kaußen abschließend.

2.1 Wie weiter mit dem Südschnellweg?- Widerstand gegen „Stadtautobahn“ wächst

Der Widerstand regte sich in Hannover sehr spät. Ende Februar protestierten 200 Menschen am Opernplatz mit einer Mahnwache gegen das Bauprojekt Südschnellweg. Mittlerweile gibt es auch eine Petition die über 7000 Menschen unterschrieben haben, die sich gegen das Projekt wenden. Hinter der Petition stehen Bündnisse und Verbände wie der ADFC, Fridays for Future oder Omas gegen Rechts. Alle eint das Motto: Wir brauchen keine Autobahn durch die Leinemasch, wir brauchen die Verkehrswende.

Immerhin seit dem Jahr 2016 wurde unter Fachleuten über die Erneuerung der Verkehrsinfrastruktur im Bereich des Südschnellwegs debattiert. Zunächst jedoch jenseits der öffentlichen Wahrnehmung

in einem Symposium von Fachleuten und in der Folgezeit im Wesentlichen zwischen den beteiligten Verwaltungsfachleuten von Bund, Ländern und kommunalen Verantwortungsträgern. Danach rauschten Vorplanung, Entwurf und Genehmigungsphase weitestgehend an der kommunalen Öffentlichkeit vorbei, bis das Vorhaben nunmehr im Planfeststellungsverfahren gelandet ist. Im nächsten Jahr, so jedenfalls die Planung der beteiligten Ministerien, soll dann die Vergabe von Bauleistungen erfolgen. Der Baubeginn ist für das Jahr 2023 projektiert.

Vollmundig versprochen die Behörden Anfangs die Einbeziehung der kommunalen Öffentlichkeit in das

Bauprojekt. In einem Ideenwettbewerb sollten Fachbüros aufgefordert werden Vorschläge für den Ausbau des Südschnellwegs einzureichen. Der sogenannte „Planungsdialog Südschnellweg“ sollte sodann einen Ideenwettbewerb begleiten und diesen mit den Bürger*innen Hannovers kommunizieren. Dass alles geschah aber so lautlos, dass das Ganze eher einem Verschwiegenheits- denn einem Ideenwettbewerbs gleich kam. Echte Alternativen konnten so nicht entwickelt werden. Von vornherein stand fest, dass nur eine Totalbetonierung des Schnellwegs hin zur Stadtautobahn das Ergebnis dieses nur scheinbaren „Wettbewerbs“ sein würde. Damit bleibt Hannovers südliche Ost-West-Tangente wohl auch in Zukunft ein Nadelöhr inmitten städtischer Bebauung und der Zerschneidung eines Natur- und Naherholungsgebietes.

Tatkräftig abgesichert wurde das verschwiegene Projekt von Teilen der örtlichen Presse, die noch im letzten Jahr das massive Bauvorhaben als reine Fahrbahndeckensanierung zu verkaufen suchten. Der massive Eingriff in das Naturschutzgebiet der Ricklinger Kiesteiche wurde so verschleiert und das Bauvorhaben in die Dimension „unser Dorf soll schöner werden“ verschoben. Bis heute ist wenigen Einwohnern von Stadt und Region klar was in den nächsten Jahren auf sie zukommt. Die Projektgrenzen betreffen einen neuralgischen Punkt in Hannovers Verkehrsinfrastruktur. Vom Landwehr-Kreisel im Westen und dem Trog unter der DB-Brücke in Osten gilt es auf 3,8 Kilometer Baustrecke zahlreiche natürliche und bauliche Hindernisse zu überwinden. Die Vorgabe von fünf Jahren Bauzeit scheint da sportlich, genauso wie die mit 360 Millionen Euro bezifferten Baukosten.

Allein die Brücke über die Leineflutmulde soll eine Länge von 242 Metern umfassen (Kosten angeblich 30 Millionen Euro). Neben diversen anderen und etwas kleiner Brücken soll sich sodann im Projektbereich Ost ein 800 Meter langer Tunnel anschließen, der die Hildesheimer Straße unterqueren wird. Dieses Kernstück des Projektes soll allein 140 Millionen Euro verschlingen und das Mantra der aktuellen konservativen Verkehrspolitik in Beton gießen, dass nur der Ausbau der Autoverkehrsinfrastruktur die Mobilitätsprobleme der Zukunft lösen kann.

Hannovers Politik streitet nun über eine vermeintlich fehlende Planung für einen Radweg neben

der Stadtautobahn. Ganz so als wäre dies das einzige Problem des Megaprojekts. Oberbürgermeister Belit Onay hat dazu ein Schreiben an Bundesverkehrsminister Scheuer verfasst. Hannovers Grüne scheinen damit eine leichte Absetzbewegung vom Projekt zu planen, ob dies freilich nicht allein ein taktisches Manöver vor den im September stattfindenden Kommunalwahlen ist, bleibt abzuwarten.

Die Kritik an Onay lies indes nicht lange auf sich warten. Insbesondere SPD und CDU kritisierten Hannovers Oberbürgermeister für seine Nachdenklichkeit in Bezug auf Hannover größtes Betonprojekt der letzten dreißig Jahre. Gerade die beiden Parteien, die Hannovers Öffentlichkeit seit 2016 in Dornröschenschlaf gehalten haben und so bereits zum Beginn der Planung der Verkehrsinfrastruktur von Morgen, die Weichen für die Fortsetzung der Verkehrsinfrastruktur von Vorgestern gestaltet hatten.

Denn genau diese Dimension und nicht der fehlende Radweg ist die Tragödie eines politischen Dramas, das im Wesentlichen etwas darüber erzählt, wie der Macht- und Wissensvorsprung behördlicher Entscheidungsträger eine ernstzunehmende Debatte über die ökologische und infrastrukturelle Zukunft Hannovers verhindert hat.

Die jetzigen Brücken dürften nur noch bis zum Jahr 2023 befahrbar sein. Allein die normative Kraft des Faktischen wird dazu führen, das Projekt durchzupauken. Hannovers Bürger*innen werden dabei die Leidtragenden sein, aber auch die Steuerzahler*innen bundesweit. Dies zeigt ein Vergleich mit anderen Infrastrukturprojekten in der Region. Etwa die Ortsumgehung Hemmingen an der über 10 Jahre gebaut wurde, obwohl die 7,5 Kilometer lange Strecke bautechnisch die deutlich geringere Herausforderung darstellte. Oder die Stadtbahnverlängerung nach Hemmingen, bei der im Jahre 2016 noch 58 Millionen Euro Baukosten veranschlagt wurden, jetzt aber mit 75 bis 77 Millionen Euro Kosten gerechnet wird, wie die Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ) am 22.3.2021 berichtete. Angeblich gestiegenen Baukosten seien daran Schuld zitiert die HAZ die Bauverantwortlichen. Ein Umstand der 2016 ganz sicher nicht absehbar war?

Es kann jetzt schon bilanziert werden, dass die Kosten deutlich überschritten und die Bauzeit deutlich länger sein wird als 5 Jahre. Es kann jetzt schon bilanziert

werden, dass die Kosten deutlich überschritten und die Bauzeit deutlich länger sein wird als 5 Jahre. Es kann jetzt schon bilanziert werden, dass nach Beendigung des Ausbaus das Verkehrsaufkommen in die Höhe getrieben wird. Es kann jetzt schon erkannt werden, dass das Projekt ökologische Schäden hinterlassen wird und der Charakter des Naherholungsgebietes Ricklinger Kiesteiche auf Jahre oder vielleicht sogar für immer verändert wird.

All das interessiert einen gewichtigen Teil der Stadt- und Regionpolitik nicht. Es geht um Millionensummen aus dem Bundeshaushalt. Bisher nichtkalkulierte Nachschläge nicht einmal eingerechnet. Und ganz besonders spannend bleibt, welcher der örtlichen Bauunternehmen ab dem Jahr 2022 im Millionenspiel Südschnellweg gewaltig

mitmischen kann. Genau diese Dimension der Betonierung eines Naherholungsgebietes ist bisher viel zu wenig in der Debatte um das Bauprojekt beleuchtet worden. Hier gilt es nicht nur für Die Linke in der Regionsversammlung Hannover die wahren Gründe für Hannovers Verkehrspolitik aus der Retorte der Vergangenheit zu erkennen.

Es kommentierte Juan P. Sanchez Brakebusch Geschäftsführer der Fraktion Die Linke in der Regionsversammlung Hannover

2.2 Rückzug aus der Istanbul-Konvention: Erdogans Muskelspiele stoppen –

Demo um 17.00 Uhr auf dem Kröpcke

Heute findet um 17:00 Uhr eine Kundgebung von DIDF, DIDF-Jugend, Jusos, SDAJ, Grüner Jugend, Bundesverband der Migrantinnen Hannover und der Linken Region Hannover auf dem Kröpcke statt. Anlass ist der Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention gegen Gewalt gegen Frauen.

Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt ist ein 2011 ausgearbeiteter völkerrechtlicher Vertrag. Das Übereinkommen schreibt vor, dass die Gleichstellung der Geschlechter in den Verfassungen und Rechtssystemen der Unterzeichnerstaaten verankert sein muss und sämtliche diskriminierenden Vorschriften abzuschaffen sind. Außerdem sollen Hilfsangebote für Frauen verbessert und die Menschen über Bildungsangebote für das Problem sensibilisiert werden.

Das türkische Parlament hatte das Übereinkommen 2012 ratifiziert. Mit dem jetzigen Schritt Erdogans wird der gesetzlichen Benachteiligung von Frauen in der Türkei Tür und Tor geöffnet. Das in einem Land welches ohnehin von patriarchalen Strukturen geprägt ist.

Jana Frielinghaus kommentiert im Neuen Deutschland (ND) vom 22.3.2021 daher: Es ist jeher erklär-

tes Ziel des türkischen Präsidenten Erdogan, das Rad der Geschichte in Sachen Selbstbestimmungsrecht der Frauen zurück zu drehen. Die Regierungen der EU sind aufgefordert den Druck auf Erdogan zu erhöhen, folgert Frielinghaus weiter.

Und daher wird am heutigen Freitag nicht nur gegen Erdogan sondern auch gegen eine Bundesregierung protestiert, die viel zu wenig Druck auf Erdogan ausübt und ihn immer wieder als reaktionären Akteur in der Türkei und den Krisenherde im Nahen Osten und Nordafrika aufwertet.

Unsere Fraktionsvorsitzende Jessica Kaußen unterstützt den Demo-Aufruf und fordert zur regen Beteiligung an der Versammlung auf.